

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Wintefeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Cichow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Der Krieg und das sozialistische Werden.

Unter den zahlreichen Publikationen, die der Krieg herbeigeführt hat, kommt der vom Genossen Edmund Fischer in Brauns „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ veröffentlichten Untersuchung: „Der Krieg und das sozialistische Werden“ ein weit höherer Wert als der einer bloßen Gelegenheitschrift zu. Früher gibt in dieser Arbeit nicht nur eine gute Zusammenfassung aller der anlässlich des Krieges getroffenen Maßnahmen, die eine Anerkennung und praktische Anwendung des sozialistischen Gedankens enthalten; er zeigt uns auch, daß diese so viel kommentierten, zuweilen unter dem Namen „Kriegssozialismus“ zusammengefaßten Maßnahmen nur die Fortsetzung und Aufbarmachung schon vorhandener Bestrebungen und Einrichtungen darstellen. „Da die soziale Entwicklung weder Zufälligkeiten noch Flüchtigkeiten kennt, sie auch im Kriege ihre eigenen Geleise nicht durchbrechen kann, so haben wir es mit einer Entwicklungstendenz zu tun, die der Krieg nur bloßgelegt und verstärkt hat.“ Früher gibt dann an der Hand eines umfangreichen Materials eine wohl ershöpfende Darstellung des innerhalb der heutigen Gesellschaft sich vollziehenden sozialistischen Werdens.

Der Krieg hat den Staat nicht nur vor die höchsten militärischen, sondern auch vor ganz gewaltige organisatorische und wirtschaftliche Aufgaben gestellt. Früher berechnet die Zahl der Personen, die heute als Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige vom Staate zu erhalten sind, auf 20 Millionen. Unter Hinzufügung derjenigen Personen in der Industrie, die fast ausschließlich für den Staat und den Kriegsbedarf arbeiten, ferner des großen Beamtenheeres, kommt er zu dem Schluß, daß wohl die Hälfte der Bevölkerung während des Krieges ihre Existenz vom Staate erhält. Diese Ziffer erscheint uns allerdings bedeutend zu hoch gegriffen. Denn nur ein kleiner Teil der Kriegsteilnehmer sind Familienväter, und deren Familien leben wieder nur teilweise von den vom Staate und den Kommunen gespendeten Unterstützungen. Aber auch wenn wir die von Früher geschätzte Summe um einiges kürzen, bleibt doch die frappante Tatsache bestehen, daß gegenwärtig etwa der dritte Teil der Gesamtbevölkerung vom Staate erhalten wird.

Aber auch für diejenigen, denen die Kriegswirtschaft keine Versorgung bringt und die diese ebensowenig in der kapitalistischen Produktion finden können, sorgt die Gesamtheit heute in weitgehendem Maße. Der Staat regelt die Lebensmittelversorgung; er setzt die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel fest; er verbietet die Verfüllung von Brotgetreide, schreibt die Zusammenmischung des Brotmehles vor, schränkt die Verwendung von Getreide zu Brennerei- und Brauereizwecken ein, regelt den Vertrieb und die Preise ge-

wisser industrieller Produkte und hat gegenwärtig den Höhepunkt dieser staatssozialistischen Maßnahmen durch die Einführung des staatlichen Getreidemonopols erreicht. Daneben bewilligen die Gemeinden größere Summen zum Ankauf von Lebensmitteln, zur Anlegung von Fleischvorräten, treffen allerlei Maßnahmen zur Verjorgung der Arbeitslosen. Die sächsische Regierung gewährt zu diesem Zwecke leistungsschwachen Gemeinden zinsfreie Darlehen; die preussische Regierung bemittelt einen großen Teil des ihr bewilligten 1½ Milliardenkredits zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Von den Militärbehörden wird für ihre Lieferanten eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgeschrieben. Den Hausbesitzern werden Mietsteigerungen und die Ausmietung von Mietern, die nicht zahlen können, untersagt.

Die meisten dieser Maßnahmen werden den Krieg nicht überleben. Aber sie wären auch gar nicht möglich gewesen, wenn nicht die bereits bestehenden Organisationen die Grundlage für sie abgegeben hätten, wenn nicht das große Gemeineigentum Staat und Gemeinden erst in den Stand gesetzt hätte, solche Opfer zu bringen. Der Gedanke der Organisation, der das Kindesalter der Menschheit beherrscht hat, wird immer mehr zum dominierenden Prinzip auch der Entwicklung, die wir jetzt durchleben. Der Industrielle, der Handwerker so gut wie auch der Lohnarbeiter, der Künstler, der Gelehrte sehen sich zum Anschluß an Verbände gezwungen, die ihnen erst die Existenz ermöglichen oder sichern. Die kapitalistische Produktion, die unter der Devise „Freies Spiel der Kräfte“ aufgenommen wurde, unterstellt sich freiwillig heute in steigendem Maße der planvollen Regelung durch Ringe und Kartelle.

Weit stärker als in diesen letztgenannten, leider mit einer Reihe antidemokratischer, ausbeuterischer Tendenzen durchsetzten Gebilden finden wir die Kennzeichen des Sozialismus in der Genossenschaft verwirklicht. Wenn im Jahre 1912 31 757 Genossenschaften 5½ Millionen Mitglieder umfaßten, so waren also in diesem Jahre (bei Berücksichtigung der Familienmitglieder) mindestens 20 Millionen Personen oder ein Drittel der Bevölkerung des Reiches an diesem Stück demokratischer Gemeinwirtschaft interessiert. Und dieses Stück ist in raschem Wachstum begriffen. Die Konsumvereine, die ihre Mitglieder mit zum Teil selbst produzierten Lebensmitteln und auch anderen Waren versorgen, vermehren die Zahl ihrer Anhänger in dem Zeitraum 1901-1911 von 1 auf 2,3 Millionen, ihren Umsatz von 25 auf 118 Millionen, ihre Eigenproduktion von 21 auf 113 Millionen Mark, ihre Kapitalien und Reserven von 25 auf 93 Millionen Mark.

Auch die Gemeinde, die früher überhaupt ein genossenschaftlicher Verband war, der das Leben seiner Mitglieder im einzelnen regelte und sicherte, beginnt jetzt von neuem immer mehr ein sozialistisches Gepräge anzunehmen.

* Im Sonderabdruck erschienen im Verlag von Julius Springer, Berlin 1915.

Zu den erst im Werden begriffenen kommunal-sozialistischen Ausgaben gehört die Nahrungsmittelversorgung. So haben im Jahre 1912 5 Gemeinden Schlachtvieh und 202 frisches Fleisch für ihre Mitglieder eingekauft, dessen Menge auf 19 bis 20 Millionen Kilogramm geschätzt wird. Einzelne Städte haben oder planen eigene Schweinefleischereien; einige haben den Kartoffel-, andere den Fischverkauf organisiert. Gemeindliche Eiswerke, Brotfabriken, Milchzentralen sind schon vereinzelt vorhanden.

Viel höher entwickelt sind andere kommunale Einrichtungen. In den Städten sind die Wasserwerke durchgängig, in den Dörfern größtenteils in Gemeindebesitz. Die Gas- und Elektrizitätserzeugung geschieht gleichfalls zum größten Teil in städtischer Regie. Von den Straßenbahnunternehmungen waren 1910 zirka 15 Proz. im Besitze von Kommunen. Etwa die Hälfte aller deutschen Städte von über 80 000 Einwohnern war im Besitze eines städtischen Theatergebäudes. Wieviel Arbeiter und Angestellte in kommunalen Betrieben Deutschlands beschäftigt sind, läßt sich schwer sagen. Immerhin dürfte die Zahl an 200 000 herantreten und ist jedenfalls in außerordentlich raschem Wachstum begriffen.

Unter den Begriff des kommunal-sozialismus fallen auch die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinden. Die meisten Städte haben heute eine Säuglingsfürsorge und Anstalten zum Mutterchutz. In immer mehr Gemeinden findet sich die Einrichtung der Schulärzte, Schulabklinik, Schulbäder, Schulüberlingen bedürftiger Kinder Eingang. Hilfschulen für schwachbegabte Kinder, Übernahme der (Einrichtung von) Generalvormundschaft für Uneheliche bilden weitere kommunale Tätigkeitsgebiete. Dazu kommt die Errichtung von Arbeitsnachweisen, die Inangriffnahme der Wohnungsfürsorge durch die Gemeinden, die sich teils als eine direkte, teils als eine indirekte durch Unternehmung von Vaugenossenschaften kennzeichnen. Es ist hier schon viel Erprobliches geleistet worden. In ständigem Wachsen ist auch der Besitz der Städte an Grund und Boden und an Kapitalvermögen. In einer Reihe von Großstädten umfaßt die Fläche der städtischen Grundstücke mehr als die Hälfte der Gesamtfläche. Das Kapitalvermögen von 77 Städten über 50 000 Einwohnern betrug 1907/08 1336 Millionen Mark; der heutige Gesamtbesitz, für den leider keine Statistik vorliegt, mag diese Summe um ein Mehrfaches übertreffen.

Von allen europäischen Ländern hat Deutschland den am stärksten entwickelten Staatssozialismus. Post- und Eisenbahnwesen sind hier bis auf winzige Reste verstaatlicht. In der staatlichen Postverwaltung waren Ende 1912 320 464 Personen beschäftigt, bei den staatlichen Eisenbahnen 732 249. Die preussischen Staatsbergwerke hatten 1912 eine Belegschaft von 105 562 Mann. Dazu kommen die Verwaltungsbeamten in Staat und Gemeinde, Lehrer, Geistliche. Näher schätzt die Gesamtzahl der heute in staatlichen Betrieben, von den Kommunen und den freien Genossenschaften beschäftigten Personen auf mindestens 2 Millionen, die mit ihren Angehörigen also eine Bevölkerung von 6½ Millionen Seelen, d. i. der zehnte Teil der Gesamtbevölkerung, umfassen.

Von den 14 Millionen Hektar Äckern waren im Jahre 1900 nur die knappe Hälfte in Privatbesitz, der übrige Teil in Staats- und Gemeindebesitz. Ueber das gesamte Staatsvermögen aller Bundesstaaten kann die Statistik zurzeit noch keine sicheren Nachweise bringen. Am reichhaltigsten hatte das Staatsvermögen 1910/11 eine Höhe von 1835 Millionen Mark erreicht, die etwa ein Drittel des sächsischen Volksvermögens betrug. Legt man den Reinertrag der Erwerbsanstalten im Reich und den Bundesstaaten zugrunde, der nach den Voranschlägen von 1913 1257 Millionen Mark betrug, so würde das bei 5 Proz. Verzinsung einem wertenden Besitz von 25 Milliarden Mark entsprechen. Der gesamte Be-

sitz dürfte 30 Milliarden betragen, was zusammen mit den 17 Milliarden Gemeindevermögen und den 3 Milliarden der öffentlichen Arbeiterversicherung einen öffentlichen Besitz in Deutschland im Werte von zirka 50 Milliarden Mark ergibt. Das deutsche Nationalvermögen beträgt zirka 320 Milliarden Mark.

Endlich wäre noch das ungeheure Stück der gesellschaftlichen Solidarität zu erwähnen, das sich in der Kranken-, Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung verkörpert. Ferner betont Näher, daß der Kranke, der Alte, der Invalide, der Arbeitsunfähige ein gesellschaftliches Recht auf Existenz haben, ist Sozialismus. Auch wenn die jetzt vorhandenen Anfänge noch voller Fehler und Mängel stecken. Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Deutschlands, die öffentlichen Beamten und Arbeiter, sowie die Familienmitglieder der Versicherten mit berücksichtigt, haben heute einen gesellschaftlichen Anspruch auf Hilfe oder Unterhalt in Fällen der Erkrankung, des Alters, der Arbeitsunfähigkeit.

So gehen wir auf allen Gebieten die Anfänge einer Entwicklung, die unser gesamtes Leben wieder in sozialistische Bahnen lenkt. Und wenn es sich auch erst um Anfangsstadien handelt, so war diese Entwicklung doch bereits stark genug, um unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben während des Krieges eine gewisse Stabilität und die Möglichkeit einer solidarischen Regelung zu verleihen. ssc.

Die Filiale Dresden im Jahre 1914.

Es ist schließlich nicht unsere Schuld, wenn wir bei Betrachtungen über das Jahr 1914 in der jetzigen Zeit des „Kriegsleidens“ das Verhalten und die Maßnahmen der Stadtverwaltung bzw. einzelner Organe derselben einer Kritik unterziehen müssen. Bestand doch das Jahr aus zwei Hälften von grundverschiedener Wesenart. Die eine Hälfte zeigt uns eine Bekämpfung der Arbeiter, präzisiert: der Arbeiterorganisationen, wie man sie nicht schlimmer charakterisieren konnte. Sie war fast auf dem höchstmöglichen Punkte emotional und warf ihre Kräfte, wie nicht anders zu erwarten war, auch auf die Bekämpfung der Gemeindeglieder durch die Verwaltungen. Das wurde hier in Dresden besonders auffällig bemerkt. Die andere Zeit des Jahres bestand aus einem Waffenstillstand, der wohl weniger aus freiem Antrieb der Unternehmer, als durch das bekannte Wort: „Es gibt keine Parteien mehr“, geschaffen worden ist. In diesem Zeitraum hörte die Bekämpfung der Arbeiter weit auf, jedoch wurden die sämtlichen Merkmale der früheren Zeit der Bekämpfung nicht beseitigt. Sie bestanden also noch weiter fort. Dadurch gewinnt es den Anschein, als wäre letzten Endes der Waffenstillstand für die „andere Waffenstillstandspartei“ von ungleich größerem Vorteil.

In den letzten drei Jahren zählten die Dresdener städtischen Arbeiter drei Lohnerhöhungen. Das besaß allerdings noch nicht, daß die Löhne nun eine befriedigende Höhe aufzeigten. Sie sind vielmehr auch jetzt noch im Vergleich zu den Löhnen in anderen Großstädten mit ungenügender den gleichen Verhältnissen und weiter im Vergleich zu den hierorts bestehenden Tariflöhnen für die gleichen Berufs viel zu niedrig; auch wenn man sie unter dem Gesichtswinkel betrachtet, daß die Kosten der Arbeiterfürsorge in ihnen anzurechnen sind. Gerade in der jetzigen Zeit der ungesicherten Finanzierung zeigt sich die Unzulänglichkeit recht deutlich.

Trotzdem verzichteten die Arbeiter auf eine neue Lohnbewegung, um zu versuchen, eine allgemeine Entlastung der Arbeitszeit und die endgültige Erledigung der seit dem Jahre 1910 schwebenden Forderung der Allgemeinen Arbeiterordnung zu errufen.

Der Rat lehnt die Forderung der Arbeiter auf Verlängerung der Arbeitszeit unter Hinweis auf die Kosten und die eben erfolgte Lohnbewegung von einem Antrag pro Stunde ab.

Die Begründung der Ablehnung war weiter nichts als eine Verharmlosung des Missstandes. Die Arbeitszeit grundsätzlich nicht zu verlängern. Denn das dürfte wohl auch die Verwaltung wissen, daß die Kosten einer Arbeitsverlängerung auch in Zukunft nicht niedriger werden können, zumal die Löhne doch steigen werden und die Arbeiter bei der immerwährenden Spannung zwischen den Löhnen und dem fernwährenden Erzeugen der Preise die Kosten nicht auf sich nehmen können.

Die Änderung der veralteten Arbeiterordnung sollte jedoch vor sich gehen. Ein Entwurf wurde den Arbeitern vorgelesen und sie wurden dazu „geleitet“. Der Entwurf erregte nicht im ent-

ferntesten die Erwartungen der Arbeiter, wie wir schon feinerzeit berichteten. Obwohl er einige Verbesserungen aufwies, die zumeist auf materiellem Gebiete lagen, brachte er auch wesentliche Verschlechterungen. Was ihn besonders rückständig erscheinen ließ, waren die Bestimmungen, daß hinfort mehr als bisher die „gute Führung“ der Arbeiter als Voraussetzung zur Erlangung der in Aussicht gestellten Vergünstigungen gelten sollte. Der Praktiker wird nun wissen, daß es dann dabei weniger auf die „gute Führung“ der Arbeiter als auf das Wohlwollen der oder des Vorgesetzten ankommt. Die bisher geltenden Dienste kommen dann weniger in Betracht. Dadurch hätte die Kultur der Vorgesetzten einen viel breiteren Raum als bisher gewonnen.

Die Kompetenz der Vertreter der Arbeiter, also der Arbeiterausschüsse, erfuhr durch den Entwurf auch nicht die leiseste Erweiterung. Alle Anregungen wurden unter der Begründung: „es ginge nicht an, die Arbeiterausschüsse hier und da mitreden zu lassen, da dadurch die Disziplin gefährdet würde“ abgelehnt. Der Entwurf wurde nicht in Kraft gesetzt, weil inzwischen der Krieg heringebrochen war.

Am Mai und Juni erließ das Betriebsamt der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 68 Arbeiter, angeblich wegen Arbeitsmangels, der durch Verbesserungen im Betriebe wie auch durch den sogenannten Sommerbetrieb veranlaßt sein sollte. Das ist aber nur zu einem Teile richtig. Rest steht, daß das Betriebsamt im Jahre 1914 Maschinenarbeiten in größerem Umfange als bisher an Privatunternehmer vergeben hatte. Von den entlassenen Arbeitern waren 38 noch nicht ein Jahr, 11 ein Jahr und darüber und 16 länger als zwei Jahre in städtischen Betrieben beschäftigt. Eine von uns eingereichte Eingabe an die Stadtverordneten um Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter wurde dem Rechtsausschuß überwiesen, aus dem sie im November wieder ans Tageslicht kam. Natürlich war sie durch die lange Zeit gegeraheltes geworden.

Noch andere Dinge, wie die Vereinnahmung der Schwierigkeiten bei der Delegation der Verbandstagsdelegierten, das Verbot der Verteilung von Einladungszetteln u. a. m. lassen recht wenig Verbundfreundlichkeit erkennen.

Erinnert man sich der oben bemerkten Bekämpfung der Arbeiter durch Gesetz und Polizei, hauptsächlich des Entwurfs zum Strafgesetzbuch, der durch das Streikverbot in seinem § 84 die Arbeiter der öffentlichen Betriebe unter ein Ausnahmengesetz stellen wollte, so läßt sich ein Zusammenhang der geschilderten Dinge nicht schwer erkennen. Die Verwaltungen brachten ja den Arbeitern in Erwartung der Beseitigung durch Gesetz und Polizei in keiner Weise entgegenzukommen.

In einigen Betrieben konnten keine Verbesserungen erzielt werden, wie Zuschläge für erschwerte Arbeit, und Arbeitszeiterhöhung für weniger Arbeiter, einige Angehörige, wie die Beschäftigung von Unerfahrenten für die Stadtpolizei, sind bis jetzt noch nicht verwirklicht worden, weil auch hier der Krieg eine andere Situation schuf.

Was Ansehen des Krieges änderte sich die Behandlung doch etwas. Es muß anerkannt werden, daß die Stadtverwaltung nicht dem Beispiel einer Reihe anderer Gemeinden folgte und Arbeiterentlassungen vornahm, sondern, daß sie es sich angelegen sein ließ, für Arbeitslosigkeit in dem Maße zu sorgen, daß nicht nur keine Arbeiter entlassen werden brauchten, sondern auch die Arbeitszeit nicht über das sonst übliche Maß zu verkürzen. Es steht dem allerdings auch gegenüber, daß in einigen Betrieben Ersatzkräfte in unzureichender Weise eingeholt wurden, ebenso, daß für die Arbeiter der Sommerurlaub ansiel, soweit sie ihn noch nicht hinter sich hatten.

Die durch die Arbeitsordnung in Aussicht gestellte jährliche Lohnzulage (sog. Weihnachtsgewinn) für ständige Arbeiter wurde, jedoch nicht nur an die noch in Arbeit stehenden Arbeiter, sondern auch an die Ehefrauen der im Felde stehenden „ständigen“ sowie an die Ehefrauen derjenigen städtischen Arbeiter, die durch ihre Einnahme zum Heere der Ständigkeit nicht gelangen konnten, gezahlt.

Auch die Unterstützung der Angehörigen der eingezogenen städtischen Arbeiter paßt sich im allgemeinen den von den deutschen Gemeinden gewählten Sätzen an, wenngleich einige Gemeinden noch höhere Sätze zahlen. Angehörige der gleichen Kategorie zahlen die Gemeinden Veschwick und Maddeben. Letzteres verhielt die Stadtgemeinde die eingezogenen verheirateten städtischen Arbeiter in der Krankenversicherung weiter, und zwar in ihren höheren Beitragsklassen. Daraus entspringen den Angehörigen sowie eventuell auch den Versicherten selbst große Vorteile, da die Krankenkassenkasse die Stadtgemeinde Familienweise gewährt,

außerdem nach der neuesten Auslegung auch das volle Krankengeld an die im Felde stehenden kranken Versicherten geleistet wird.

Die Lage der noch in Arbeit stehenden städtischen Arbeiter war am Jahresabschluss, obwohl sie nicht unter der Arbeitslosigkeit, dieses schlimmen Folge des Krieges, zu leiden hatten, durchaus keine rosige. Die ohnehin geringen Löhne sind bei der jetzigen Zeit der Teuerung völlig unzulänglich. Dazu kommt noch für den größten Teil der städtischen Arbeiter die im Winter übliche Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnkürzung.

Die Organisation machte im ersten Halbjahr erfreuliche Fortschritte. Zum ersten Male überschritt am Ende des zweiten Quartals die Mitgliederzahl 2000. Das Vertrauen der Arbeiter zur Organisation war vorhanden und auch der Krieg konnte es nicht wesentlich beeinträchtigen, wie unsere Mitgliederzahl am Schluß des Jahres bewies. Von den 2010 Mitgliedern am 30. Juni wurden bis Ende des Jahres 535 oder 26,61 Proz. zum Heere eingezogen. Da der Mitgliederbestand am Ende des Jahres 1475 betrug, so blieb ein verhältnismäßig geringer Verlust von 49 Mitgliedern. Unter den eingezogenen Mitgliedern waren 33 Familienäre, die zum größten Teil sofort wieder ersetzt werden mußten. Als Opfer des Krieges, die im Felde fielen bzw. starben, hatte die Zentrale bis Ende des Jahres 21 Kollegen zu beklagen.

Auch die finanzielle Entwicklung der Zentrale war im Jahre 1914 eine relativ günstige. Den Jahreseinnahmen in Höhe von 61 119,39 Mk. standen an Ausgaben 58 671 Mk. gegenüber. Der Vermögensbestand betrug dabei am Schlusse des Jahres 31 239,78 Mk. gegen 28 891,49 Mk. Ende 1913. An Unterstützungen veranlaßte die Zentrale 8480,72 Mk., die Hauptkasse 24 235,04 Mk., zusammen also 32 715,76 Mk.

Das Vertrauen der Arbeiter in städtischen Betrieben zur Organisation der Gemeindegewerkschaft läßt uns mit froher Zuversicht in die Zukunft schauen. Die gegenwärtigen Zeiten werden übermunden werden dank der Kraft des Organisationsgedankens unserer Mitglieder daheim und im Felde.

Unser Groß-Hamburg im Jahre 1914.

Unsere Hamburger Zentrale hat wieder wie sonst ihren Jahresabschlussbericht brodiert herausgegeben. Wie das bei unseren städtischen Kollegen bisher war, können sie auch diesmal wieder als Jahresbilanz die Tatsache verzeichnen, daß in ihrem Wirkungskreise unseres Verbandes dieser sich als starke Organisationsmachtstellung der staatlichen resp. städtischen Arbeiter erwies. Unser Groß-Hamburg wird auch zukünftig nicht nur ein bedeutender Faktor unserer Organisationsbewegung bleiben, sondern dies noch immer mehr werden.

Ein sicherer Maßstab für das Maß geleisteter Organisationsarbeit ist das eigene, das korporative Wachstum der Organisation. Das heißt, man fragt nach dem Ergebnis der Mitgliederbewegung und — dies mit in erster Linie nicht zu vergehen! — den finanziellen Leistungen. Unsere Hamburger Zentrale kann darauf antworten: Steigerung der Mitgliederzahl von 6791 auf 7055 (inkl. Eingezogenen) und des Vermögensbestandes von 83 377,23 Mk. auf 109 760,12 Mk. Ein Jahresergebnis, das, zumal am Jahresabschluss 1914, dem Ende des ersten Kriegsjahres, als sehr günstig bezeichnet werden muß.

Mit dieser Note soll selbstverständlich nicht angeiprosen sein, daß hier nichts zu wünschen übrig bleibt. Das Resultat ist nur relativ aufzufassen. Sonst aber hätte vieles günstiger ausfallen sollen. Am Ende des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl schon 7075, im dritten Quartal stieg sie zurück auf 7025, und im vierten Quartal konnte sie den eingetretenen Verlust nur zum Teil, nämlich im ganzen nur bis auf 7055, wie vermerkt, einholen. Und das hat auch hier wieder (an sich betrachtet) nur die Fluktuation getan. 1146 männliche und 27 weibliche Personen wurden neu aufgenommen, und 889 männliche und 29 weibliche Mitglieder scheideten aus resp. wurden ausgeschieden. Ein Mehr von 264 Mitgliedern, unter denen aber die weiblichen mit einem Weniger von 2 steben. Das Resultat hätte insofern durchaus „besser“ sein können, sein müssen.

Netto waren es am Jahresabschluss nur 4794 Mitglieder; 2261 Mitglieder standen unter der Kriegsfahne. Unter den Ausgeschiedenen sind 106 durch den Tod aus den Mitgliederreihen getreten, davon 41 durch den Soldatentod.

Als tarifliche Einnahme (Nachzahlungen und die Umschreibungen) also nicht gerechnet waren 213 880,12 Mk. zu buchen; davon für die Verbandshauptkasse 111 141,45 Mk. Unter den Einnahmen sind 2776,59 Mk. im Kammerer, 13 183 Mk. als freiwillige Kriegsgeldern und 14 275,20 Mk. als Beiträge der Kriegsfrauen,

Die Ausgabe auch für die Zuschreibungen für die Hauptklasse und die Hilfsleistungen zu ihren Lagen nicht gerechnet, jährl. 134 428,10 Mk. Das Unterstützungsweesen erforderte natürlich die relativ höchste Anstrengung der Verbandkasse. Als Erwerbslosen-, Kriegervfamilien- und Hinterbliebenenunterstützung wurden gezahlt: aus der Hauptklasse 55 198,92 Mk. und aus der Hilfsklasse 11 611,06 Mk., zusammen 66 810,98 Mk.; außerdem gab die Hilfsk. 1628 Mk. als Notfallunterstützungen.

Am 31. Gewerkschaftstabelle (einschließlich Arbeitersekretariate) wurden als Jahresbeitrag 4059 Mk. abgeführt. „Einmalige“ größere Ausgaben waren 1000 Mk. zum Stammkapital des Gewerkschaftsaufbaus und 2868 Mk. zur Vorhaltung von Reklamationslokalitäten in den Hamburger „Vororten“. Es sind Leistungen zum Besten der Allgemeinheit.

Einnahmen und Ausgaben im ganzen betragen in rechtmäßiger Bilanz 148 038,45 Mk. für die Hauptklasse und 189 278,60 Mk. für die Hilfsklasse. Ein außerordentliches Jahresertrag, wenn er auch für Groß-Hamburg ist.

Und das geringe Entwicklungsverhältnis der Hilfsk. hat sich ergeben, obwohl die Agitation viel zu kurz kam. Das allzu beliebte Thema vom „Zweck und Nutzen“ fand keine Berücksichtigung. Denn die Erziehungsaufgaben trafen die Zeit und den Friede. Gleich anfangs des Berichtsjahres mußten die großen Vorbereitungsarbeiten für die Wahlen zu den städtischen resp. städtischen Bezirksräten betrieben werden. Es sind 12 Massen (Hamburg 11 und Altona 1); und es waren 289 Vertreter zu wählen. Wahlergebnis: in Hamburg entfielen auf die Verbandslisten 229 Vertreter und auf die vom Reichsrat 50 Vertreter; in Altona erhielt die Verbandsliste 5 Vertreter und die Angestelltenliste gleichfalls 5 Vertreter; im ganzen für den Verband 234 Vertreter und für sonstige Gruppen 55 Vertreter.

Alsdann waren die Neuwahlen zu den Arbeiterausschüssen der Hamburgischen Staatsbetriebe im Vorwege zu organisieren. Es waren 108 Mitglieder und 193 Erfahrmänner zu wählen. Der Wahlausfall ergab: Unorganisierte 1 Mitglieder und 11 Erfahrmänner, Maschinenverband 4 Erfahrmänner, Transportarbeiterverband 15 Mitglieder und 6 Erfahrmänner, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 89 Mitglieder und 172 Erfahrmänner.

Um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, wurde eine Reihe von Anträgen gestellt bzw. mit größter entsprechender Vorarbeiten im ersten Halbjahr 1914 begonnen. Hauptfachlich handelte es sich in den Hamburgischen Staatsbetrieben um die Erhöhung der Einstellungsgehälter und die zweckmäßigere Regelung der Sonderverhältnisse; in Cuxhaven um die Einführung der neunmündigen Arbeitszeit und in Altona ebenfalls um den Neunmündigkeitstag, ferner auch um eine Aufbesserung der Sonderverhältnisse. In Cuxhaven wurden zum 1. April des Berichtsjahres die Löhne der städtischen Arbeiter um 20 Pf. täglich erhöht. Die sonstigen vorvermerkten Arbeiten zur Änderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kamen aber durch den Kriegsausbruch ins Stocken; die gewerkschaftliche Tätigkeit in der in Rede stehenden Beziehung war nun unterbrochen.

Mit dem Beginn der Mobilmachung mußte nun die Verbandstätigkeit auch vorerst auf neue, auf die Lösung nächstliegender Aufgaben gerichtet sein: Offenhaltung der Betriebe, um Entlassungen vorzubeugen; Arbeitervermittlung der Betriebe untereinander, um infolge von Teilmangel an Arbeit keine Arbeiter aus den öffentlichen Betrieben gänzlich entfernen zu lassen; Sicherstellung der Dienststellungen in den Betrieben der hier zum Kriegsdienst abrückenden Arbeiter und Fortzahlung des Lohnes für die Familien dieser Kriegsteilnehmer. Durch mehrere Eingaben an den Hamburger Senat wurde auf die betreffenden Interessen der Staatsarbeiter hingewiesen. Eine Fortführung der Betriebe war auch alsbald wieder gebietet, und auch die Arbeitervermittlung wurde erreicht. Insofern kamen vor allem die Majorarbeiter in Betracht. Die ledigen Arbeiter wurden zwar entlassen, aber die verheirateten konnten bei anderen Verwaltungshellen in Arbeit treten, die Mehrzahl bei der Straßenreinigung. Dieser Arbeitstritt war aber für die Majorarbeiter mit dem Nachteil bedeutender Lohnrückläufe verbunden. Als Majorarbeiter hatten sie einen Arbeitslohn von 5,25 Mk., bei der Deputation (Gartenweesen und Straßenreinigung) wurde ihnen nur Hilfsarbeiterlohn, 4,00 Mk. täglich, gezahlt. Der Mindestlohn für händige Arbeiter beträgt aber 4,20 Mk. pro Tag, und bei der Straßenreinigung wird nach dem Lohnstarif den Nacharbeitern 4,10 Mk., den Dienarbeitern der Revorrenungsanstalten 4,00 Mk. und außerdem allen Arbeitern 10 Pf. täglich mehr für den Lohnempfang außerhalb der Arbeitszeit und 6,00 Mk. vierteljährlich als Zielbetrag gezahlt. Die Majorarbeiter bekamen zunächst nur in allen Teilbetrieben der Straßen-

reinigung 4 Mk. pro Tag und sonst nichts. Durch eine dieses Reichstages wegen an den Senat gerichtete Eingabe konnte nur erreicht werden, daß nun — von Oktober an — den Hilfsstrassenreinigern die 10 Pf. für den Lohnempfang gewährt werden, im übrigen blieb es aber bei dem Mangel der Unterstützungen.

Die Fortzahlung des Lohnes für hamburgische Staatsarbeiter im Kriegsdienst wurde durch Gesetz geregelt. Die Kriegervfamilien haben auf die Lohnfortzahlung ein klares Recht. Arbeitern, welche im eigenen Haushalt Familienangehörigen Unterhalt gewährten und im Dienste des hamburgischen Staates eine mindestens einjährige Dienstzeit am Einstellungstage zurückgelegt haben, wird der volle Lohn auf Kriegsdauer fortgezahlt. Arbeitern, die noch kein volles Jahr im Staatsdienst standen, kann ebenfalls der Lohn ganz oder zum Teil fortgezahlt werden. (Unter Angehörigen sind Frauen, Kinder, Eltern, Geschwister und sonstige nahe Verwandte sowie auch Pflegekinder zu verstehen.) Die Durchführung dieses Gesetzes gab im ganzen zu Beschwerden keinen Anlaß; auch den Familien der noch kein volles Jahr bediensteten Arbeiter wurde durchweg ein angemessener Teil des Lohnes als Unterstützung gewährt.

Altona und Wandsbek folgten Hamburg auf dem Wege der Kriegervfamilienfürsorge. Es wurde hier aber für die betreffenden Verhältnisse nicht die Gesetzesform gewählt; die Lohnfortzahlung kann im Verwaltungsverfahren bewilligt, aber auch widerrufen werden. Tatsächlich beschränkt sich auch die Lohnfortzahlung auf ständige (ein Jahr bedienstete) Arbeiter. Für diese aber, soweit zur Verbandskenntnis gekommen, ohne Ausnahmen. Entgegengesetzte Fälle konnten durch Beschwerdeabklärung korrigiert werden.

Für die nicht seitens eines Arbeitgebers unterstützten Familien anderer im Kriegsdienst stehenden Mitglieder mußte die Verbandskasse regelmäßige Unterstützungen leisten. Unter Einbeziehung der aus der Hauptklasse gewährten Unterstützungen gab die Hilfskasse im Monat August 20 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. und vom September ab wurde dann die Unterstützung einseitig geregelt, monatlich 15 Mk. für Ehefrauen und 10 Mk. für alleinlebende nahe Angehörige gezahlt werden, wenn das Mitglied mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet hatte, und monatlich 10 Mk. resp. 7,50 Mk. bei geringerer Beitragsleistung.

Das Kriegsjahr 1914 hat unser Groß-Hamburg an der sonst gewohnten Entfaltung seiner Wirksamkeit zur Verbesserung der durch die Arbeitsbedingungen in den staatlichen resp. städtischen Betrieben gegebenen materiellen Lage dieser Arbeiter gebindert, es hat indessen weiterhin Verhältnisse herbeigeführt, die die Verbandsstärke und ihre Erfolge für die städtische und städtische Arbeitererschaft in einem für diese günstigen Licht zeigen, die überdies aber auch das eine in tatsächlichermaßen überzeugender Weise erkennen lassen, nämlich daß unser Verband als die gewerkschaftsorganisierte der Gemeinde- und Staatsarbeiter hier für den einzelnen wie für die Allgemeinheit ein Eigen ist.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, den 22. Februar 1915.

Die große Winterschlacht in Masuren erweist sich nun doch als ein viel größerer Sieg, als irgend jemand in Deutschland anzunehmen wagte. Eine ganze Armee ist vernichtet. Nach menschlichem Ermessen ist damit Ostpreußen endgültig vom Feinde befreit und unsere Verteidigungsstellung an der Angerepp konnte in Rußland zum Angriff vorgeschoben werden. Die französische und russische Presse sucht noch immer den bösen Nachdruck der „Tampfwalze“ zu verleiern, aber — die französische Staatereichte fällt fortgesetzt und das ist ein ziemlich großer Gradmesser für die wahre Auffassung im Lande. — Wenn man die lebendige Schilderung vom Hauptquartier über die Masurenschlacht liest — sie stammt ausschließlich von dem neuen Generalquartiermeister v. Drenthagen-Loringhoven —, so muß man staunen über das ungeheure Maß an Energieentsaltung, das alle Beteiligten Truppenführung wie Soldaten aufzubringen vermochten. — Inzwischen hat der Unterseeboottkrieg am 18. Februar begonnen. Es zeigt sich bereits, daß von einem „Wuff“ nicht die Rede sein kann. Wie beinahe dauernd dabei die vielen Menschenopfer und das volkswirtschaftliche und Industrieerzeugnisse, aber — das ist eben das Wesen des Krieges überhaupt, den wir mit Zug und Recht zu allen Zeiten energisch bekämpft haben. Die Kopenhagener Sozialistenkonferenz hat im Januar denn auch erneut für den Friedensdemonstration, ohne freilich irgendwelchen tiefen Eindruck zu hinterlassen. Noch schlimmer steht es indessen mit der Februar-

Konferenz in London, von den Sozialisten der „Verbündeten“ (Frankreich, Belgien, England, Rußland). Dieser Corso einer Internationale konnte naturgemäß aus der Einseitigkeit seiner Situation nicht viel heranzutreten. Da erübrigt sich von selbst die Kritik und die in den Resolutionen enthaltenen Illusionen. Jedenfalls will man bis zum Siege über den „deutschen Militarismus“ durchhalten, was angesichts der russischen Niederlage immerhin etwas lange dauern dürfte. Wägt man bei der Gelegenheit Faktik und Haltung der deutschen Sozialdemokratie mit der ausländischer Sozialisten ab, so liegt wahrlich keine Veranlassung vor, unsere Grundzüge zu revidieren, denn wir haben uns (ohne jede Heberhebung darf das gesagt werden) auf den Boden der ehernen Tatsachen gestellt und nicht den „Befreiungskampf“ für andere (auch nicht für Rußland) als Ideologie hineingezerrt, sondern wir verteidigen schlecht und recht unser Vaterland, nichts weiter! — Sind auch eine Reihe neuer Höchstpreise herausgekommen, so bleibt doch die Preisabnahme von Kartoffeln die dringlichste Forderung für die innere Situation. Die Vertenerung auf 35 Mt. pro Tonne bedeutet eine Millionengabe an die Landwirtschaft auf Kosten der Allerärmsten. Denn reiche Leute eilen wenig Kartoffeln! Wir hoffen, daß der wachsenden Unzufriedenheit über diese volksfeindliche Maßnahme Einhalt geboten wird durch Verabschaffung der Höchstpreise nebst Zwangsverkauf, am besten auf dem Wege der Preisabnahme. Auch der Kleinschwärzer steht in Blüte. Hier könnten Höchstpreise Wandel schaffen. — Nachfolgend Einzelvorgänge: 14. Februar. Südlich Pjern (Aland) dem Feinde 900 Meter seiner Stellung entrissen. — Die Verfolgungskämpfe an der östpreussisch-russischen Grenze dauern an. — In Südpolizien Radworna von den Czechen erobert. — 15. Februar. Russische Angriffe in den Marpaten zurückgeschlagen, 100 Gefangene. — In der Pukowina sind die Russen bis an den Pruth zurückgedrängt, 500 Gefangene. — 16. Februar. In den Argonnen Teile der feindlichen Hauptstellung genommen, 350 Gefangene, 2 Gebirgsgeschütze, 7 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. — Russische Kolonne zwischen Lanza und Molno (Nordpolen), südlich Johannesturm geschlagen, 700 Gefangene, 6 Maschinengewehre. — In Südostpolizien Kolomea erobert, 2000 Gefangene, mehrere Maschinengewehre, zwei Geschütze erbeutet. — Bei Le Sabre englischer Dampfer „Dulwich“ durch deutsches Unterseeboot versenkt. — 17. Februar. Deutsche oberste Seeleitung gibt bekannt, daß die Kriegsschiffe in der neun-tägigen Wintereschlacht in Raßaren auf 64000 Gefangene, 71 Geschütze, 100 Maschinengewehre, 3 Lazarettzüge, Flugzeuge, 150 gefüllte Munitionswäagen, Schmelzer und sonstiges Kriegsmaterial (inzwischen auf 100000 Gefangene und über 300 Geschütze) angewachsen ist. — Nach heftigen Kämpfen sind die Russen bei Wielki-Flotz Racton (Weichselgebiet Nordpolen) geschlagen, 3000 Gefangene, 6 Geschütze. — In der Champagne bei Perthes französische Angriffe abgeschlagen, 11 Offiziere, 885 Mann gefangen. — Czernowit (Hauptstadt der Pukowina) von Czechen erobert. — Angriffe der Russen in den Marpaten lösteten ihnen 480 Gefangene. — 18. Februar. Bei Vouvenilles-Banquois (östlich Verdun) 480 Gefangene. — In Westgalizien machten Czechen Sturmgangriff: 300 Gefangene. — In der Ukraine (nördlich Iltin) von deutschen Truppen erobert. — 19. Februar. In den Vogesen Meval und Sonder noch besetzt, feindliche Hauptstellung östlich Sulzern in zwei Kilometer Breite sowie Reichsaderkopf westlich Münter im Sturm genommen. — 20. Februar. Bei Ricuport feindliches Minenbataillon durch Mine versenkt. — In den Vogesen südöstlich Sulzern (Dobroberg, Höhe bei Dobrod, Pregel und Wildental) genommen. — In der Marpatenfront zwischen Tulla und Wber, fünf russische Angriffe abgeschlagen, 750 Gefangene. — Im Kanal ist ein altes Transportschiff mit 2000 Soldaten versenkt worden.

• **Kriegsbriefe** •

Als Nordpolen in Andern. Meilige Feder schreibt aus Westfalen unterm 6. 2. 1915 u. a.: Ich sitze hier in einem Steller, der mir als einzigermaßen „bescheidener“ rechnet haben und als Unterhandlung während einer dreitägigen Kesselfestung kennen. Am 2. 2. abends 6 Uhr, ruckte das Regiment von Lichte ab, um in Stellung zu gehen. Mit der Bahn wurden wir bis herber befördert. Der Artillerieabteilung marschierte hinter dem 3. Bataillon. In Westende wurde der Feind zum 2. elementsunterhand (so bezeichnet, weil dort der Regimentsstab liegt) geführt, und nun wurden die Apparate aufgeschaltet und die Verbindung der einzelnen Geschwadsabteilungen herabgeführt. Wir hatten 11 Stationen zu besetzen und wurden dementsprechend eingeteilt. Ich wurde meinem Freund Unteroffizier

W. zugeleitet, und so stampften wir, drei Mann stark, geführt von einem Telephonisten von einem anderen Regiment, die wir auflösen mußten, durch die Tünen nach unserer Station. Junge, Junge, war das ein Marsch durch den Tünenland. Um 11 Uhr 30 Minuten kamen wir an, von innen nach geschickt und von außen nach vom Regen, so, daß aber wirklich kein trodener Naden mehr an uns war. Donnerwetter, habe ich gepost, ich dachte immer, die Paute gehe mir aus, und der Affe drückte ganz jämmerlich. Du mußt nämlich wissen, daß wir Telephonisten außer unserem Gepäck noch Armeestapel und verschiedene Werkzeuge schleppen müssen. Aber wie groß war die Freude, als wir in den Unterhand hineinkamen. Der reinste Salon. Zur Aufstellung der Apparate ein Tisch, für den Diensttuenden (der vier Stunden lang die Apparate bedient) einen „Kaulenzer“. Ich kann ziemlich, wenn auch nicht ganz, aufrecht stehen, und der Mann ist so groß, daß wir drei Telephonisten und fünf Geschwadsordnungen reichlich Platz haben. Nachdem die Apparate übergeben, die Leitungen geprüft und somit die Ablösung erfolgt ist, wurde der Unterhand genauer unterzucht. Die Decke ist mit Balken und Bohlen und dem darüberliegenden Sand „bonensicher“, d. h. sicher nur so weit, als keine Schrapnell oder Granatplitter durchschlagen können. Gegen Vollerker von der Güte der 21-Zentimeter-Molier oder gar noch größere Schaden gibt es doch keinen Schutz. Hinter uns ein Sandberg von beträchtlicher Höhe, die Seitenwände und die Vorderwände ebenfalls gut. Der Fußboden mit ganz trockenen Bohlen belegt, also kein Wasser und kein Lehm, und wir bekommen also keine nassen Füße. Wir sind mit dem Schicksal ausgesetzt, der Unterhand, in dem wir die nächsten 72 Stunden verbringen müssen, war Tipp-Topp. Aber welche Freude durchzog mein Kriegserber, als ich auf der hinteren Seite des Unterhandes auch noch Matrasen, richtige Matrasen, entdeckte, die aus irgendeinem Hotel in Westende stammten. Also auf diesen Götterlager konnte ich nun acht Stunden meine Anochen reden und sprechen. Die nassen Lumpen werden nicht mehr bedeckt, die können ja auf dem Körper trocknen. Wir drei teilten uns den Dienst ein, und der Truppführer meldete sich beim Führer der in dieser Stellung liegenden Kompanie. Ich war also noch nicht dran und legte mich schlafen. Als ich zur Ablösung gemeldet wurde, war ich so froh und munter, daß ich beinahe veressen hätte, daß ich im Krieg bin und uns gegenüber, zirka 50 Meter vor unserer Schützengraben, sich die von Frankreich herangezogenen Senegaischützen eingebuddelt hatten. Aber gar bald, nur zu bald, wurde ich daran erinnert. Die Pruder knallen und knallen, daß einem Hören und Sehen veracht. Aber was ein bißchen gefährlicher ist: die Pande trifft auch. Es sind ausgezeichnete Schützen und schießen selbst in die Schießscharten hinein. Ach, ich bedauere unsere armen Jungen, die vorn im Schützengraben wider diesem teuflischen Feuer ausgesetzt sind. Aber auch die Artillerie sendet uns wieder den Morgenruf, und das Geräusch ist ebenso wie in Piriboote. Sie halten auch so ziemlich dieselben Feuerzeiten wie dort, und zwar beginnt der Morgen um 8 bis 8 1/2 Uhr und dauert bis 11 bis 11 1/2 Uhr (Morgenruf). Um 1 Uhr senden sie uns das Mittagbrot in Form von 15-Zentimeter- bis 21-Zentimeter-Granaten, aber schon etwas lebhafter wie morgens. Um 2 Uhr ist Feuerpause, und um 4 bis 4 1/2 Uhr senden sie uns den Abendruf, aber so kräftig, daß wir unser eigenes Wort nicht mehr hören. Auf unserem Dach und an den Wänden prasseln die Proden ganz nett. Um 7 Uhr ist es wieder ruhiger, so daß man wieder aufatmen kann. Nun ist es dunkel und die schwierigste Arbeit für die Telephonisten beginnt, nämlich die zerbrochenen Leitungen wieder finden und die Verbindungen wieder herzustellen. „Man hört nach“, aber der Leitung und sucht die kaputtgeschossene Stelle. Dies ist aber nicht leicht, denn meistens ist es hochmüde Nacht und da soll das Suchen an und für sich schwer sein, und zweitens lassen die Franzmänner alle Augenblick eine Leuchtugel hochfliegen, und wer sich da blicken läßt, der bekommt „Mupfer“. (Die französischen Geschosse sind aus Mupfer.) Lieber Freund, ich bin meinem Marporal noch heute dankbar, daß er mir während meiner aktiven Soldatenzeit auf dem Tempelhofe selbe das „Auf Dingeln Auf-Dingeln“ so beigebracht hat. Damals glaubte ich, daß es aus reiner Bosheit geschieht, heute sehe ich ein, daß es wirkliche Liebe für mich war. Junge, Du müdest leben, mit welcher effenartiger Geschwindigkeit man den Sand löst, und die Finnen saufen mit Pim pini über mich hinweg. Die Puchstelle ist gefunden, wird geflickt, und dann geht es wieder zurück nach dem Unterhand. Wir passieren wieder so und so viel Tünenberge und Schichten. Wenn die Feinde aus dem fernen Afrika auch noch so knallen und mir immer wieder nach dem Leben trachten, obwohl ich ihnen noch nie ein Leid angetan, können sie mir aber nicht verwehren, daß ich, wenn auch gebückt, vom Hügel aus einen Blick auf das Meer werfe, und lieber Freund, es ist herrlich schön. Ruhe und still liegt die Nordsee, als ob sie schlafte, oder ist sie traurig um die wütende Westwind. Mir ist, als sehe ich über den leeren muden Wellen einen Franzmischer wehen. Ich darf ja nicht denken, denn ich bin Soldat“. Nach 72 Stunden werden wir abgelöst, und zurück geht es durch die Laufgraben in die Befestigung, und hier sitze ich nun, um nach Ablauf der 72 Stunden wieder 72 Stunden in die Geschwadsstellungen einzurücken. — Und so geht es weiter — oder auch nicht, wer weiß es?

Aus unserer Bewegung

Breslau. Die Breslauer Aktive unseres Verbandes hat einen jähzeitlichen Verlust erlitten, der Kollege Hermann Dampel ist am 19. Februar verstorben. Der Verstorbene gehörte zu den wenigen Kollegen, die sich unserer Verbandstätigkeit in der Gründungsversammlung am 27. Februar 1901 angeschlossen. Die heftigen Verfolgungen, denen die junge Mitgliedschaft bald nach ihrer Gründung ausgesetzt war, machten manchen kampfsüchtig. Zu den wenigen Kollegen, die das gefestigte Ziel nicht mehr aufgaben, gehörte Dampel. Allezeit war er bereit, seinen Fähigkeiten entsprechend, an dem Ausbau des Verbandes mitzuarbeiten. Mit Dampels Scheiden ist die Zahl der Mitbegründer der Aktive bis auf zwei zusammengeschmolzen. Durch die zähe Ausdauer, die Dampel und wenige andere befehlen, ist allmählich der Bau entstanden, den heute nichts mehr vernichten kann. Und wenn nicht alle Wünsche erfüllt wurden, manches ist doch erreicht worden, was vor wesentlich unserem Alter mit zu danken haben. Das Andenken des Verstorbenen können wir deshalb nicht besser ehren, als wenn wir uns seine Ausdauer zum Muster nehmen und mit gleichem Zielbewußtsein an dem Ausbau des Verbandes weiterarbeiten.

Cöthen. Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Wachtendorf gab einen Rückblick über das vergangene Jahr. Besonders wurde die eifrige Mitarbeit des früheren Maschinereis Grüne, welcher leider auf dem Schlachtfelde in Russland gefallen ist, betont. Genosse Sommer gab dann die Abrechnung vom vierten Quartal. Die vom Verbandsvorstand beschlossene Unterstützung der Kriegerfamilien habe in allen Kreisen große Anerkennung gefunden und viele Frauen haben erst jetzt den Wert der Organisation kennen gelernt. Die Situation werde durch diese Maßnahmen wesentlich erleichtert werden. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des Stabs. Sommer zum ersten Vorsitzenden. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Adolph, als Kassierer Edmund und als Schriftführer Kemel gewählt.

Ostra-Neuh. In der Mitgliederversammlung am 12. Februar wurden die Geschäftsjahresberichte der Vorstandsmitglieder festgesetzt. Der 1. Vorsitzende erhält jährlich 30 Mk., der Kassierer 40 Mk., der Schriftführer 10 Mk. Die Mitglieder werden eruchtet, in Massenangelegenheiten den Kassierer Montag und Samstag von 7 bis 9 Uhr abends anzufinden. Die Adresse lautet: Meinhard Thomas, Jägerstraße 11. par. Die Versammlungen zu besuchen ist Pflicht jedes Mitglieds.

Hannover. In der am 17. Februar abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sprach Arbeitersekretär Schader über die Kriegsnotlage. Medner erläuterte in seinem lehrreichen Vortrage die einzelnen Bestimmungen. Es ist nur zu bedauern, daß durch den hiesigen Reich der Versammlung der Vortrag nicht mehr möglich war, was sehr bedauerlich zu sein dürfte. Unter „Verständenes“ wurde von mehreren Kollegen angeregt, eine Feierngelegenheit beim nächsten Morgen zu veranstalten. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Eine öffentliche Versammlung der hiesigen Arbeiter wird sich nach demselben beschäftigen.

Mascherlauern. In der Generalversammlung am 17. Januar erörterte der 2. Vorsitzende Jean Kempf den Jahresbericht. Die Lohnbewegung der Gasarbeiter und die von uns geplante allgemeine Verbesserung der hiesigen Arbeiter ist durch den Kriegsausbruch vereitelt worden. Zämtliche Kollegen werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Aktive gefestigt bleibt, damit nach Kriegsende das Verfallene wiederhergestellt werden kann. 27 Kollegen sind zurzeit eingetrufen, davon sind 2 Kollegen im Felde gefallen. 5 Kollegen erhalten die Familienunterstützung. Der Massenverband der Aktive war am Ende des Jahres 1923 24 Mk. Bezahlt wurden aus unserer Aktive bis 1. Januar an Familienunterstützung 44,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 279,75 Mk. und für Arbeitslosen 103,28 Mk. Der Mitgliederstand beträgt 103. In den Vorstand wurden gewählt: August Kempf 1. Vorsitzender, befindet sich im Felde, Jean Kempf, 2. Vorsitzender, Karl Steiner, Kassierer, Wilhelm Mannemann, Schriftführer.

Marlsruhe i. B. In der Generalversammlung am 13. Februar gab Kollege Marsch den Geschäftsbericht. Von den 465 noch vorliegenden Mitgliedern stehen 265 im Felde, sechs Kollegen sind bereits gefallen oder den erkrankten Familien erlegen. Die Einnahmen der Aktive betragen 122,23 Mk. Dazu kamen 800 Mark Beiträge aus der Hauptkasse. Die Ausgaben belaufen sich auf 1062,80 Mk. In diesen sind enthalten 300 Mk. als Vorkaufszuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, 25,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 101 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 1927,12 Mk. Familienunterstützung, 418,70 Mk. Familienunterstützung, 1800 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 347,50 Mk. Zierbegeld, an das Arbeitslosenssekretariat wurden 117,90 Mk. und an isolierter Unterstützung 189,26 Mk. bezahlt. Der Aktivestand, welcher noch im Bestand von 971,79 Mk. gegenüber dem Jahre 1913 hatten wir einen Abgang von 15 Mk. abgeben. Bei der Neuwahl wurden die alten schon wieder gewählt. Ebenso die Kassierer. Für die im Felde stehenden Kollegen im Bestande wurden für die Dauer des Krieges 2000 Mark an den Familien erachtet. Die Einzahlung der Kollegen in gleicher Weise, Einlagen ins Feld zu senden, wurde zur Nachzahlung

empfohlen und der stellvertretende Gauleiter Kollege Stumpf beauftragt, Sammelkassen mit entsprechendem Hinweis anzufertigen. Der Vorsitzende erwähnte zum Schlusse noch die Kollegen, treu wie Lieder zur Organisation zu stehen.

München. Unsere Versammlung am 13. Februar d. J. nahm einen Vortrag des Kollegen Strunk über das Thema: „Der Krieg und die Organisation“ entgegen. Aufschaulich schilderte der Referent die Leistungen der Organisation während des Krieges. Zum Referat kam dahin aus, die Organisation nach allen Richtungen hin zu stärken. — Unter „Verbandsangelegenheiten“ wird bekanntgegeben, daß die Krankenunterstützung wieder wie vor dem Kriege bezahlt wird. Die Arbeiter der Gasanstalt hatten eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 25 Proz. gestellt. Ein Arbeiterauschussmitglied beschwerte sich, daß der Ausschuss davon nicht in Kenntnis gesetzt worden ist. Im allgemeinen soll eine Kriegszulage gefordert und in den nächsten Tagen Stellung dazu genommen werden.

Aus den Stadtparlamenten

Augsburg. Die hiesigen Kollegen beschloßen in ihren Sitzungen am 30. Januar und 4. Februar, für die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter eine Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Der Vorschlag dieser Fürsorge wurde einem Ausschuss übertragen, der aus Mitgliedern der beiden hiesigen Kollegen, einem Vertreter der Landesversicherungsanstalt und je einem Vertreter der freien, christlichen und Nicht-Dumderiden Gewerkschaften zusammengesetzt wurde. Die Kuratorien erwidert sich auf teilweise oder ganz erwerbslos gewordene Arbeiter, Handlungs- und Gewerbetreibende, Dienstboten, Privatangestellte und auf die unbefähigten Angehörigen freier Berufe über 16 Jahre mit regelmäßiger Erwerbsunfähigkeit. Bezugsberechtigt sind alle jene Vorgesannten, die seit dem 1. Juli 1914 in Augsburg oder deren Umgebung Aufenthalt hatten und in Augsburg bis zu obiger Zeit in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen erwerbstätig waren und jetzt teilweise oder ganz erwerbslos sind. Die wöchentliche Unterstützung beträgt: Für Alleinstehende 5 Mk., für Verheiratete 7 Mk., für jedes Kind 1 Mk.; Personen mit erheblicher beschänkter Arbeitszeit können im Bedarfsfalle bis zu 50 Proz. dieser Beträge erhalten. Bei Verheirateten kann nur ein Ehegatte die Unterstützung erhalten. Erwerbslose Kinder von über 16 Jahren werden wie alleinstehend berücksichtigt. Auf Antrag können die für die Fortführung der reichsrechtlichen Krankenversicherung notwendigen Beiträge übernommen werden. Im Falle der Heberhebung an einem Arbeits- oder Dienort können Mitgliedschaft ganz oder teilweise gedeckt werden. Die Stadt genehmigte einen Kredit von 50 000 Mk. Unterstützungen von Arbeiterberufsvereinen werden zu 40 Proz. anerkannt. Alleinstehenden Personen kann an Stelle der Vorauszahlung auch Naturalunterstützung im gleichwertigen Betrage gewährt werden. Da das Gemeindefolleum die Anrechnung der 40 Proz. von den Berufsvereinen abtrifft und der Magistrat in seiner neuesten Sitzung die Zustimmung versagte, vielmehr auf seinem erzwungenen Beschluß verbarrete, wurden die vorliegenden Fälle in einer Annullationskommission beraten und nach einem Unfall des Gemeindefolleums genehmigt. Neben den sozialdemokratischen Vertretern waren es nur einige wenige Bürgerliche, die auf ihrem Standpunkt beharrten und gegen die Anrechnung der 40 Proz. stimmten. Ob dadurch jetzt die Anträge der Augsburger Stadtverwaltung wohl genehmigt werden? Zu bedauern ist nach, daß die Erwerbslosenfürsorge nur auf die Dauer des Krieges, nicht aber für ständig errichtet wurde.

Koblenz. Da die Gemeinde Koblenz für die Arbeiter in ihrer letzten Lohn weiterzahlte, unterbreitete unsere Organisation der Bürgermeisterei ein Gesuch. Darauf ist nun folgendes Antwortschreiben an die Gauleitung ergangen: Auf Ihre Eingabe vom 5. Dezember 1914 hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 21. Januar 1915 beschlossen, den Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen dauernd beschäftigten hiesigen Arbeiter vom 1. Januar 1915 ab neben dem Reich nach dem Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 bzw. 4. August 1914 zu zahlenden Runderhebungen unter Fortfall der zu diesen Runderhebungen bisher gewährten hiesigen Zuschüsse, jedoch unter Verbehaltung der bisher diesen Familien gewährten Sonderzulagen, folgende Zuwendungen zu bewilligen: a) für eine Ehefrau ohne Kinder 30 Prozent, b) für eine Ehefrau mit einem Kinde 35 Prozent, c) für eine Ehefrau mit zwei Kindern 40 Prozent, d) für eine Ehefrau mit drei Kindern 45 Prozent, e) für eine Ehefrau mit vier und mehr Kindern 50 Prozent, des zulezt verdienten wirklichen Lohnes. Die Zuwendungen sollen jedoch nicht höher bemessen werden, als sie einkommen der reichsgesetzlichen Runderhebungen 75 Prozent, des zulezt verdienten Lohnes des Ehemannes nicht übersteigen. Dagegen sollen die Zuwendungen in jedem Falle weniger betragen als die Kriegsfamilienunterstützung Runderhebung und hiesiger Zuschuß zusammen. Die Zuwendungen sollen nach den geltenden Grunddaten auch ledigen Arbeitern gewährt werden, die zum Unterhalt von Verwandten in aufsteigender Linie und Geschwägern wesentlich beigetragen haben und beitragen.

Internationale Rundschau

Dänemark. Von Nobenhabus Kommunal Arbeiterforbundet wurden bei Kriegsbeginn rund 200 Mitglieder zum Wehrdienst einberufen. Unter diesen sowohl wie unter den Kollegen, die in kommender Zeit zur Auflösung der „Sicherheitsstärke“ (Neutralitätswacht) kommandiert werden, entstand die Frage, wie es denn während dieser Zeit mit der Lohnfortzahlung bestellt sei. Nach längeren Verhandlungen mit der Organisation erhalten vom 1. Oktober 1914 bis 31. März 1915 ganzen oder teilweisen Lohn während der Einberufung alle Dienstboten sowie Krankenlohnberechtigten Arbeiter und Angestellte. Unverheiratete erhalten halben Lohn. Wenn ganz besondere Gründe vorliegen, kann der Magistrat ganzen Lohn bewilligen. Verheiratete erhalten vollen Lohn. Für militärische Chargen wird ein bestimmter Teil der Militärlöhnung in Anspruch gebracht. Doch darf der Abzug die Hälfte der militärischen Löhnung nicht übersteigen, weil dieser Betrag dem Einberufenen zur Deckung der erhöhten Ausgaben und zur teilweisen Verpflichtung überlassen bleiben muß. Der in Zukunft kommende Lohn wird zur Anstellung von Reserve- und Hilfsarbeitern verwendet, und zwar in denselben Abteilungen, wie so viele einmünden sind, daß die Wahrung der Arbeit für die Zurückgebliebenen eine Hebung bedeutend würde.

Norwegen zählt zurzeit 951 organisierte Gemeinde- und Staatsarbeiter, von denen 23 zum Militär eingezogen und 13 arbeitslos sind. Den Angehörigen der zum Militärdienst vorberittenen Mannschaften wird voller Lohn gezahlt.

Rundschau

Kamerad. Mein Wort hat trüben Klang für unsere deutschen Ohren geworden, als dieses Fremdwort. Im Mittelalter gerieten sich die deutschen Truppen mit „Kriegsgesell“ oder „Güter Gesell“. Da entrannte der entsehlidne Krieg, den deutsche Muren je gesehen: 90 Jahre lang wurden Wald und Torf und Stadt und Seele verwüdet. Aus dieser tiefen Not erwuchs das Wort: „Kamerad“. Seit jenen Tagen des Sturmes lebt es fort in Herz und Mund der urentenden Scharen. Als Wskand eintr von seinem Hause an der Redarstraße junge Kerkuren im Schatten der Platanenallee nachhören sah, dachte er jenes Lied, das für Millionen im Feld und Weicht Kampf und Ledgenosse geworden ist und ohne welches kein Teutcher durchs Leben geht: „Ich hatt' einen Kameraden“. Sage mir heute einer, weshalb die Kameradschaft wert ist! Er wäde Silber und Gold ab, er wird immer noch ein höheres Lied vom Kameraden singen. Immer neu strömen aus diesem Wort Treue und Opfer, Gut und Kraft. Auf dem Landstrich gilt's einen Platz zu finden; die Kameraden rücken zusammen. Auf dem Krieg wird der Kaden müde; die Kameraden singen ein erfrischend Lied. Auf der Waade pfeift der Wind und peitscht der Säuner; es wird ausgehalten, denn es gilt der Schutz der Kameraden. Mit einem Stück Brot, einem Schäl Wasser, einer harte erkrankt ein Kamerad den anderen. Da reden sie von Weid und Aind und Saab, vom Handwerk und der Arbeit, und sind eine einzige große Familie; da spielen sie und lachen trotz der Granaten und zwingen den Sakerz in die Reihen der Lehmgewalten im Schützengraben. Da steigt ein dörber Wot von Truppe zu Truppe und dort jagt ein Durra das Blut heiß durch die Adern. Alle guten Weider der Hilfe werden wach. Ein Angehöriger mag in der Kaserne ändern das Leben manndmal sauer machen, im Feld wird er reich erzogen und wach zum Kameraden. Und wenn die Mangel traf, dann frönt der Kameradhaft; lunterliches Gold: Männerhände, die mit dem Melber beschlagen, werden so zart wie Mauerband. Ich keine kann unbeschulbaren Gottesdienst der Rächterliebe als Verwandte, welche sich im Eisenbrennung oder auf dem Bahnhof mit weißer Handgriffen manndlich helfen; Treue und Not waren ihre Verankerung und wachten den Kameraden zum Heldpfeifer der Weid. Hagenwinge Liebe ist's, wenn ein Kamerad herumgehoben wird aus Kindes Unpaetung, wenn man den Fallenden vom Feld heimvertraut trotz Mauerband. Wie lassen können den Kameraden wohnen und sterben den mannen. Das alles qual und gerecht das Herz. Zehn Zehn oder durch Mark und Bein. Nieher das Allertie mit wöhnen: Schollen anzuwerten, den Kameraden einbetten und jucken, Helm und Mauerband brechen, viel leicht ein Mrenz oder eine Mume aus Grotte. Das ist der große, harte Wehrdienst des Kameraden. Hat er gewohnt? Nein, noch mehr! Sein Herz fröh. Die hungengeben, verlieren viel; viel lassen sie im Staub und viel gerührt des Mrenzes unwarmerzue Sand. Aber es wird auch viel, sehr viel gewonnen. Freundlichkeit, die unter Leutenachbe erands, Fröhlich bei gemeinsamem Sieg, tag Kameradheit durch den Mörper jagen, und stille Kraft in ge-

meinsamer Entlocherung. Kinder werden Männer, Alte werden jung, und das tat die Kameradschaft. Unbeidreitlich groß ist seine Erkenntnis auf den Schlachtfeldern. Niets anderes erlegt sie. Kameraden hat die Not getraut und der Tod nicht geschieden: das Vaterland segnete sie. Eine neue Liebe wäde zwischen Helmen und Kanonen. Sie hat nichts zu tun mit sinnlicher Freude und ist doch so kräftig; sie verdrängt keine andere Liebe und ist doch so mächtig; sie heißt „Kameradschaft“ und schlicht ein ungerichtetes Band gemeinsamen Willens, gemeinschaftlichen Erlebens. Wir beneiden euch im Feld. Aber wir kämpfen mit euch um eins, daß es auch nach dem Frieden in deutschen Landen gebe -- wirkliche Kameraden! Traub.

Die Arbeitslosigkeit im zweiten Kriegsvierteljahr. Der Krieg hat uns die seit Einrichtung der amtlichen Arbeitslosenstatistik noch nie beobachtete Tatsache gebracht, daß die Arbeitslosigkeit vom Ende des dritten bis zum Ende des vierten Quartals einen Aufgang aufweist. Freilich verliert diese Tatsache sehr viel von ihrem Erkenntnis, wenn man bedenkt, daß dieser Aufgang nichts anderes bedeutet, als eine Verminderung ganz ungeheurer Arbeitslosenziffern auf immer noch sehr hohe. Ende Oktober berichteten 18 von den 52 an die Verichterstattung des Kaiserl. Statist. Amtes angeeschlossenen Verbänden bei den anderen daß die Zahl meit wohl noch größer aus über 161 164 = 16 Proz. arbeitslose Mitglieder. Ende Dezember waren 40 Verbände wieder an der Verichterstattung beteiligt, die 91 536 oder nur noch 7,2 Proz. arbeitslose Mitglieder hatten. Im Oktober und November waren die Prozentziffern 10,9 und 8,2 gewesen. Eine richtige Einbildungung dieser Ziffern gibt vielleicht erst ein Vergleich mit dem Ergebnisse früherer Stadien, den wir hier, beginnend mit 1907, folgen lassen wollen. Der Prozenttag der Arbeitslosigkeit betrug:

Ende	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Januar . . .	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2	4,7
Februar . . .	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9	3,7
März . . .	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3	2,8
April . . .	1,3	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8
Mai . . .	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5	2,6
Juni . . .	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,5
Juli . . .	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,7
August . . .	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	2,4
September . . .	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	16,0
Oktober . . .	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7	2,8	10,9
November . . .	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	8,2
Dezember . . .	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,6	4,5	7,2

In dem Sprung von 2,7 Proz. Ende Juli auf 22,4 Proz. Ende August drückte sich das lähmende Entsetzen aus, das der Krieg zunächst über das Wirtschaftsleben brachte. Am Ende des fünften Kriegesmonats war die Neuorganisierung der Wirtschaft so weit fortgeschritten, daß die Arbeitslosigkeit nur noch ein Drittel so hoch war wie im ersten Monat. Sie war damit aber immer noch um die Hälfte größer als beispielsweise im Dezember vorigen Jahres, der sich als wirtschaftliche Krisenzeit charakterisierte und dies, obwohl etwa zwei Fünftel der Mitglieder zu den Waffen eingezogen waren. Bemerkenswert ist, daß auch in diesem Kriegesmonat -- entgegen den Erfahrungen normaler Zeiten -- die Arbeitslosigkeit unter den weiblichen Mitgliedern größer war als unter den männlichen. Sie betrug 12,9 gegen 6,4 Proz. Von den einzelnen Verbänden hatten die höchsten Arbeitslosenziffern Ende Dezember die Porzellanarbeiter mit 33,0, die Bildhauer mit 31,5, die Glasarbeiter mit 18,2, die Lithographen mit 18,2, die Holzarbeiter mit 17,7 Prozent.

So gut wie keine Arbeitslosen hatten die Zattler und Fortscheller mit 1,5 Proz., die (christlichen) Lederarbeiter mit 1,4 Prozent, die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,3, die Müchler mit 1,1, die Brauer- und Mühlenarbeiter mit 1,0 Proz. usw. Von den großen, über 100 000 Mitglieder zählenden Verbänden wurden folgende Arbeitslosenziffern mitgeteilt:

Verband	Mitglieder	Prozenttag der Arbeitslosen Ende September	Dezember
Metallarbeiter	326 314	14,1	4,1
Bauarbeiter	163 247	11,4	11,6
Fabrikarbeiter	132 503	11,2	5,2
Transportarbeiter	125 442	8,6	3,9
Holzarbeiter	116 273	26,8	17,7
Fertigarbeiter	102 004	17,1	7,0

Die Holzarbeiter haben seit Beginn des Krieges überhaupt nicht berichtet; sie haben wohl überhaupt keine Arbeitslosen. Einen Heberwid über den Stand des Arbeitsmarktes gewähren auch die Berichte der Wirtschaftsausschüsse. Dennach hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Dezember des vorigen Jahres von 115 000 auf 201 000, also um 55 000 vermindert, während gleichzeitig die Zahl der offenen Stellen von 228 000 auf 307 000 und die der Beschäftigten von 194 000 auf 213 000 stieg. Auch gegenüber dem Vormonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 101 000 bei einer gleichzeitigen Abnahme der offenen Stellen um 29 000 und der Beschäftigten um 31 000. Wenn nicht der drohende Mangel an verbrauchten Rohmaterialien wieder eine Einschränkung der Arbeitsgelegenheiten bringt, so dürfen wir hoffen, daß das Wirtschaft-

leben sich weiter fort, trotz der furchtbaren nationalen Katastrophe, in der wir uns befinden.

Englands Handelskrieg und die Neutralen. In einem Artikel fänden das „Correspondenzblatt“ (Nr. 7) anschaulich, welche große Schäden der englische Handelskrieg den neutralen Staaten zuzufügen, um die unumschränkte Handelshegemonie für sich wieder zu erlangen. Wir geben hier einiges daraus wieder: „Die Schweiz ist für ihren überseeischen Handel zu gut auf dem Weg über Italien und Frankreich angezogen. Allein von diesen beiden Ländern bekommt es ohne die Zustimmung Englands nichts. So wurde im Januar berichtet, daß in Genoa große für die Schweiz bestimmte Gütermengen, insbesondere Getreide, Maffee und Gewürze, lagerten, aber nicht durchschifft werden konnten, weil England seine Zustimmung nicht gab. Sogar Petroleum und Baumwolle wurden nicht freigegeben. Kupfer, Aluminium und sonstige Metalle waren nicht zu haben, so daß die Metallindustrie gleich den Spinnereien und Webereien den Betrieb entweder ganz schließen oder ungemessen einschränken muß. Zu gleicher Zeit steigen die Lebensmittelpreise rapide und der Preis hat bereits eine bisher in der Schweiz nicht übliche Höhe erreicht. Die Arbeitslosigkeit hat unter diesen Umständen einen großen Umfang erreicht. Gewisse Ziffern fehlen zwar, aber die Zahlen der Arbeitsnachweise für den Monat November zeigen eine Zunahme der Arbeitsfindenden, denen keine Arbeit vermittelt werden konnte, um 1095 auf 11012. Für 699 v. H. Arbeitsfindender war keine Arbeit vorhanden.“ — Es folgt die Behandlung Americas und Danemarks. Von Schweden heißt es u. a.: „Schweden hat eine relativ ansehnliche Metallindustrie, und seine Elektrizitätsindustrie insbesondere hat sich auf dem Weltmarkt als recht konkurrenzfähig erwiesen. Im Januar sind bereits zwei Dampfer mit amerikanischem Kupfer angehalten und nach England geschleppt worden, obwohl ihre Kupferladungen für Schweden bestimmt waren und klare, von schwedischen Staatsbehörden ausgestellt Dokumente vorlagen, daß die Ladung dem inländischen schwedischen Verbrauch dienen sollte. England erklärt, die schwedische Kupferexport sei so sehr gestiegen, daß der Verdacht aufkommt, Schweden sei nur Durchfuhrland für amerikanisches Kupfer nach Deutschland. Es verlangte für die freigegebenen schwedischen Kupferexporte, und die schwedische Regierung hat am 7. Februar dem Nachdruck getragen, um Kupfer für seine Industrie zu erhalten. Die Zunahme der Kupferexporte ist nur ein Vorwand für die Forderung des verhängten Ausfuhrverbots. Außerdem hätten diese 3000 Tonnen, um die die Einfuhr 1914 höher war, wirklich keine Bedeutung für die Deckung des deutschen Bedarfs. Deutschland produziert selbst mehr als das Zehnfache und kann diese Produktion im Notfall noch wesentlich erhöhen. Das in England natürlich bekannt, so daß die englischen Maßnahmen nichts anderes bedeuten als die Schikanierung eines ungewissen Konkurrenten, die zugleich mehr als 20000 schwedische Arbeiter mit Arbeitslosigkeit bedroht. England benutzt zu gleicher Zeit die Gelegenheit, sich selbst mit billigen Rohstoffen zu versehen. Die Ausdehnung eines so großen industrietreibenden Landes wie Deutschland vom Rohstoffmarkt muß das Rohstoffangebot steigern und einen Preisfall nach sich ziehen. Der englische Handelskrieg zeigt somit deutlich zwei Tendenzen: Teufel Land durch Ausbagerung seiner Zivilbevölkerung auf die Arme zu zwingen, und zweitens die englische Handels- und Industrieherrschaft auf dem Weltmarkt durch Heberwindung nicht nur Deutschlands, sondern auch der neutralen Konkurrenten sicherzustellen. Deutschland ist einmüßig entschlossen, sich nicht niederkneigen zu lassen. Auf die englische Ausbagerungsperiode, diese wunderbare Blume der regierenden englischen Aristokraten, pfeifen wir. Durch Liquidation der Lebensmittelzeugung und -verteilung werden wir ihr zu entgegen wissen. Und um den machbarsten Fortschritt unserer wirtschaftlichen und politischen Erziehung wird auf den Schlachtfeldern und zur See gekämpft. England selbst kann nur zur See getroffen werden, und die deutschen Unterseeboote haben bereits begonnen, die englische Zufuhr erfolgreich zu behindern. Wir haben tiefes Mitleid mit unseren englischen Klaffgenossen, die in der englischen Handelsmarine in harte Arbeit ihr langes Brot verdienen und die durch diese notwendige Aktion in Lebensgefahr geraten. Aber diese Aktion ist eine selbste der Notwehr. Seit uralten Zeiten galt in der Menschheit das Recht der Selbstbehaltung. Nur der Sklave läßt sich willenslos mit der Peitsche traktieren. Wir sind keine Sklaven und lassen uns nicht auspeitschen. Da muß sich England schon andere Objekte suchen. Aber uns scheint auch, daß die Neutralen in diesem Handelskriege zum mindesten mit uns gemeinsame Interessen hätten. Die englischen Maßnahmen gegen ihren Handel bedeuten mehr als eine momentane Behinderung. Durch die Ausbagerung gewerdlicher Rohstoffe in England während des Krieges deckt sich die englische Industrie billiger, und weiter schafft sich England für die Zeit nach dem Kriege eine Monopolstellung in gewissen Artikeln auf dem Weltmarkt. Auch die Arbeitererschaft in den neutralen Ländern sollte an diesen Todsünden nicht achtlos vorübergehen. Auch ihre Erziehung wird durch diese harte Arbeit behindert. Es hört sich gewiß schon an, wenn England an Nordlands

Seite für Freiheit und Demokratie in Deutschland kämpft. Allein wir bedürfen dieser „Dolche“ nicht. Wir danken es aber auch nicht für eine begehrenswerte Zukunft, wenn England die Monopolstellung im Wirtschaftleben eingenommen wird, die es sich jetzt zu sichern sucht. Die Erde ist groß genug, um allen Völkern eine ertragreiche Erziehung unter Wahrung ihrer wirtschaftlichen und politischen Souveränität zu geben.“

Vierbankstrategen.

Stelt auf den Tisch die vollen Bankstühle!
 Arig, einen Hognaf und das Abendblatt!
 Kann, auch heute wieder keine Siege?
 Ich bin ganz platt!
 Ist denn der deutsche Vormarsch abgebrochen?
 Müßt sich denn gar nichts mehr in Welt und Ost? —
 (Der Ober sagt, es sei frisch angestochen —
 Na, denn man prost!)
 Wann wird man bloß nach Frankreichs Hauptstadt kommen!
 Ich sage soviel: Ware ich der Stück,
 Ich hatt' das Rest schon längst mit Sturm genommen! —
 (Arig, noch 'nen Schluck!)
 Die Juras, oder wie die Kerle heißen,
 Die hadt' ich dann so nebenbei zu Ruch.
 (Du Lehmann, wüßte nicht 'ne Lage schmeiken?
 Wir haben Durst!)
 Und von Colais (Wo ist die Speisefarte?)
 Höß' ich nach London wie 'n geolter Wit.
 Dann kriegt' der Englistoman was auf die Schwart!
 (Ein Büßschind, Arig!)
 Wie meinst, Schulz? Die Rinde und der Regen?
 Du lieber Gott! Der Mensch gewöhnt sich halt! —
 (Es wäre gut, im Essen nachzulegen,
 Es ist hier kalt!)
 Und Hindenburg — gewiß, der Mann ist lästig!
 Doch könnt' er fortcher sein! — (Was sagste, Schmidt?
 Ob ich noch einen hebe? Aber richtig!
 Arig, einen Schluck!)
 Was brümmeln Sie? Die Feinde? Uns? Verfloppen?
 Ace, lieber Freund! Dazu sind sie zu schlapp!
 (Wie? Schon halb drei? Arig, roß noch einen Schoppen!
 Tann hau'n wir ab.)
 Wie heißt's im Lied: Ob Fels und Eiche splintern,
 Wir wanken nicht! — Sup! — Lehmann, sieh doch feht!
 Nun wöhl'n wir aber — hup! nach Hause schlittern
 Ins warme Nest! — Alto in der „W. a. M.“

Totenliste des Verbandes.

K. Geisler, Frankfurt a. M. Straßenbauarbeiter † 15. 2. 1915, 51 Jahre alt.	Joseph Wies, Mannheim Gasarbeiter † 16. 2. 1915, 55 Jahre alt.
Hermann Hampel, Breslau Feuerhausarbeiter † 19. 2. 1915, 39 Jahre alt.	A. Pahlow, Charlottenburg Pensionär † 15. 2. 1915, 62 Jahre alt.
Indwig Hirt, Darmstadt Straßenreinger † 10. 2. 1915, 51 Jahre alt.	E. Schwichtenberg, Hamburg Kranführer † 14. 2. 1915, 48 Jahre alt.
Jakob Lantersbach, Weikaran Arbeiter † 13. 2. 1915, 69 Jahre alt.	K. Wachtelborg, Wilmersdorf Arbeiter † 14. 2. 1915, 36 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

A. Brandmeyer, Habersee am 29. Oktober bei Chelawe in Rußland gefallen.	Wilh. Kieser, Kaiserslautern † am 12. November, 23 Jahre alt, im Feldlazarett St Maurice.
Franz Frei, Pforsheim am 21. Dezember im Alter von 32 Jahren in Frankreich gefall.	Paul Honk, Hamburg am 21. Dezember im Alter von 34 Jahren im Osten gefallen.
Emil Goltz, Berlin am 10. November im Alter von 32 Jahren gefallen.	K. Waagner, Frankfurt a. M. am 4. Februar im Alter von 28 Jahren in Frankreich gefallen

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Arbeitervereine von Augustin Seemann & Co. in Berlin, Charlottenburg, Unter den Eichen 10. Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co. Berlin SW. 68, Lindenstr. 3